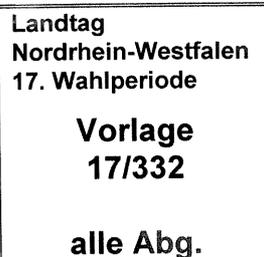


**Vorlage
der Berichterstatter/innen
an den Haushalts- und Finanzausschuss**



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/800

Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten

Bericht über das Ergebnis des Gesprächs der Berichterstatter zum Einzelplan 02 gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Hauptberichterstatter	Abgeordneter Arne Moritz	CDU
Berichterstatter	Abgeordneter Martin Börschel	SPD
Berichterstatter	Abgeordnete Angela Freimuth	FDP
Berichterstatter	Abgeordnete Monika Düker	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Berichterstatter	Abgeordneter Christian Loose	AfD

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zu Einzelplan 02 ergibt sich aus dem anliegend beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk zu dem Berichterstattergespräch zu Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten - vom 27. November 2017

1. Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Abg. Arne Moritz	CDU
Abg. Ralf Witzel	FDP
Abg. Verena Schäffer	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Abg. Christian Loose	AfD
MR Martin Dorn	Staatskanzlei
Jürgen Hein	Staatskanzlei
RR'in Ruth Brake-Köpp	Staatskanzlei
RR Marcel Mosters	Staatskanzlei
LMR Henning Schreiber	Staatskanzlei/Sport
MR Andreas Eiffler	Ministerium der Finanzen
Alexander Böhm	Referent, SPD
Florian Matz	Referent, FDP
Lisa Minde	Referentin, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Christer Cremer	Referent, AfD
RD'in Sabrina Baur	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Die Berichterstatter der Fraktionen erörterten am 27. November 2017 den Einzelplan 02, Ministerpräsident, Drucksache 17/800, unter Einbeziehung der Vorlagen 17/254 und 17/261 mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Staatskanzlei und des Finanzministeriums.

Für im Verlauf des Gesprächs unbeantwortet verbleibende Fragen wurde vereinbart, die Antworten dem Ergebnisvermerk an entsprechender Stelle einzuarbeiten.

3. Im Einzelnen

Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin

Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Die Berichterstatterin der Fraktion der Grünen und der Berichterstatter der Fraktion der SPD erkundigten sich nach den beantragten Planstellen für die Themen gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen. Sie baten um Konkretisierung der Inhalte und exemplarische politische Themenfelder und fragten, ob diesbezüglich Organisationsmaßnahmen geplant seien.

Die Vertreter der Landesregierung teilten hierzu mit, dass ein neues Referat (1 x B 2, 2 x A 15, 1 x A 13 BA) geschaffen werden soll, welches unter grundsätzlichen Erwägungen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen analysiert, bewertet und in politische Konzepte einbringen soll. Auf Nachfrage hierzu seitens der Berichterstatter/in teilten die Vertreter der Landesregierung mit, dass es sich hier um eine neue Aufgabe handele, die aufgrund ihres Konzeptions- und Planungscharakters dem Grunde nach nicht operativ, sondern strategisch ausgerichtet sei.

Der Berichterstatter der SPD erfragte die Hintergründe für die beiden beantragten Planstellen im Bereich der Ressortkoordination.

Hierzu führten die Vertreter der Landesregierung aus, dass die beiden beantragten Planstellen (2 x A 14) für die Entwicklung planungsrelevanter Daten zu landespolitisch bedeutsamen Themen, der Koordination der Datenpflege sowie Kontakte zu Statistischen Ämtern und den Ressorts der Landesregierung, der Analyse zu wirtschafts-, sozial- und finanzwissenschaftlichen Fragestellungen sowie der Auswertung von Gutachten und Studien von Nöten seien. Die Aufgabe sei der Ressortkoordination zuzuordnen.

Titelgruppen 60 – 61 sowie 63 – 66

Die Berichterstatterin der Fraktionen der Grünen erkundigte sich, warum die Haushaltsansätze für die Ausgabe für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte alle auf null gesetzt worden seien.

Hierzu führten die Vertreter der Landesregierung aus, dass die Verlagerung der Haushaltsansätze von der Gruppe Personalausgaben zu den Sachausgaben einer verbesserten Haushaltstransparenz unter Berücksichtigung der Ist-Ausgabenentwicklung dieser Haushaltsstellen in den vergangenen Haushaltsjahren diene. Im Rahmen der Deckungsfähigkeit sämtlicher dieser Ausgaben innerhalb der einzelnen Titelgruppen seien die Haushaltsansätze in der Vergangenheit letztendlich nicht für die (befristete) Beschäftigung von Personal, sondern für externe Gutachten und sonstigen Sachauswendungen genutzt worden.

Für die Titelgruppe 60 gelte dies mit der Einschränkung, dass trotz massiver Rückführung des Gesamtansatzes der Titelgruppe von über 2,2 Mio. € in 2009 auf zuletzt

455.000 € in 2017, auch dieser Gesamtansatz im Ist regelmäßig nicht ausgeschöpft worden sei. Die Gründe dafür hätten in der Unvorhersehbarkeit eines Großteils dieser Ausgaben gelegen. Ob und in welchem Umfang für politische Fragestellungen externe Expertise benötigt wird, hänge oft von (tages-)aktuellen Ereignissen und kurzfristigen Entwicklungen ab. Um hier dann spontan handlungsfähig zu sein, bedürfe es auch nach dem Dafürhalten der neuen Landesregierung eines gewissen finanziellen Grundstocks für die Vergaben von Studien, Gutachten, die Berufung von Expertenkreisen und Kommissionen, für demoskopische Erhebungen, Fokusgruppen und sonstige Expertisen.

Titel 526 64 Ausgaben für Gutachten, Sachverständige, Werkverträge und Ähnliches

Die Berichterstatterin der Fraktionen der Grünen erkundigte sich nach vorgesehenen Evaluierungen von entwicklungspolitischen Förderprogrammen.

Die Vertreter der Landesregierung verwiesen darauf, dass die Entwicklungszusammenarbeit Nordrhein-Westfalens daraufhin überprüft werden solle, ob die Programme ihre Ziele erreichen. Welche Programme genau in die unabhängige Evaluierung einbezogen werden, sei noch nicht entschieden.

Titelgruppe 67

Ehrenamt

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD erfragte vor dem Hintergrund der beantragten Haushaltsansätze, die Tätigkeiten und neuen Arbeitsschwerpunkte im Bereich Ehrenamt.

Die Vertreter der Landesregierung wiesen in diesem Zusammenhang auf die Zusätzlichen Erläuterungen zum Haushaltsplanentwurf 2018 des Einzelplans 02 (LT 17/254) hin. Die Ausführungen zum Bereich des Ehrenamtes seien auf den Seiten 37 bis 40 zu finden.

Insbesondere erläuterten die Vertreter der Landesregierung die Fortführung von bewährten Instrumenten wie den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche, der Engagementnachweis „Füreinander-Miteinander“, das Informationsportal „engagiert in nrw“, die Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien sowie die Ehrenamtskarte NRW. Als weiteres Instrument der Anerkennung sei der Engagementpreis NRW 2018 ausgelobt worden. Mit diesem Preis sollen vorbildliche Projekte bekannt gemacht und gewürdigt werden.

In enger Zusammenarbeit mit dem Paritätischen NRW und weiteren Partnern werde zudem das Projekt „Qualifizierung von Vereinsbegleitern“ gestartet. Ziel sei es, Vereinsvorstände für kleine und rein ehrenamtliche Vereine zu gewinnen, beziehungsweise diese bei ihrer Arbeit durch ehrenamtliche Vereinsbegleiter/innen zu unterstützen.

Zudem soll in 2018 die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa NRW e.V.) stärker gefördert werden. Der lagfa NRW e.V. sei der unabhängige und trägerübergreifende Zusammenschluss von Freiwilligenagenturen des Landes Nordrhein-Westfalen und damit einer der wichtigsten Multiplikatoren im Bereich der Engagementförderung. Er unterstütze diese Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen durch Beratung, Qualifizierung, Fachtage und der Herausgabe von Arbeitshilfen in ihrer Arbeit.

In diesem Kontext seien ebenfalls die weiteren Arbeitsschwerpunkte „Entwicklung einer Engagementstrategie“ sowie „Digitale Plattform“ für das Haushaltsjahr 2018 zu erwähnen. Mit der Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land sollen das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement insgesamt durch verbesserte Rahmenbedingungen weiter gestärkt und neue freiwillig Engagierte gewonnen werden. Weiterhin soll in 2018 damit begonnen werden, die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen und neue, digitale Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu unterstützen. Weitergehende Informationen hierzu seien der Landtagsdrucksache 17/254 auf der Seite 39 zu entnehmen.

Kapitel 02 030 Europa

Titel 686 30 Zuschuss an die „Europa-Union NRW“

Der Berichterstatter der Fraktion der AfD erfragte vor dem Hintergrund einer Presseerklärung der Europa-Union dessen politische Neutralität und wie die Landesregierung damit gedenke damit umzugehen.

Die zuständige Fachabteilung der Staatskanzlei wird die Frage prüfen.

Kapitel 02 060 Medien

Titel 682 00 Zuschüsse an die Film- und Medienstiftung NRW GmbH

Der Berichterstatter der Fraktion der AfD hinterfragte den Mehrbedarf beim Titel 682 00 in Höhe von 1 Mio. Euro.

Die Vertreter der Landesregierung verwiesen auf die zentrale Ansprechpartnerfunktion der Film- und Medienstiftung. Sie fördere nicht nur die Film- und Medienkultur sowie die Film- und Medienwirtschaft im Rahmen der Kreativwirtschaft in Nordrhein-Westfalens, sie sei zugleich zentraler Ansprechpartner für Medien in Nordrhein-Westfalen in den Bereichen Film, Fernsehen, Games, Web und crossmediale Inhalte.

Mit Hilfe der Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen sei es gelungen, Nordrhein-Westfalen zu einem der führenden europäischen Film- und Fernsehproduktionsstandort zu entwickeln. Ziel müsse es sein, diese Entwicklung zu stabilisieren und weiter voranzutreiben – auch im Bereich der digitalen Medien.

Mit der beantragten Ansatzserhöhung in Höhe von 1 Mio. Euro sollen die Mittelkürzungen der vergangenen Haushaltsjahre ausgeglichen und unter anderem das Förderprogramm für die Entwicklung von Konzepten und Prototypen für innovative und interaktive Inhalte, insbesondere Games, Web und Mobile sowie multimediale Projekte verstärkt werden.

gez. Arne Moritz
Hauptberichterstatler